

**Niederschrift
über eine Sitzung des Stadtrates der Stadt Landsberg
in öffentlicher Sitzung**

Datum: 30.07.2020 Zeit: 18.00 Uhr bis 19.55 Uhr

Ort: Bürgerhaus Zur Sonne, Sietzsch

Anwesenheit:

J. Brünnel	<i>abwesend</i>	B. Bunge	anwesend
E. Creutzmann	<i>abwesend</i>	L. Däumler	anwesend
L.-M. Henjes	anwesend	F. Hübner	<i>abwesend</i>
M. Kleppel	anwesend	U. Marquardt	anwesend
Ch. Kupski	<i>abwesend</i>	R. Milzsch	<i>abwesend</i>
F. Meinhardt	anwesend	L. Müller	anwesend
M. Müller	<i>abwesend</i>	St. Müller	anwesend
H. Oehlschlegel	anwesend	Dr. Ch. Raschke	anwesend
J. Rausch	anwesend	G. Scheuerle	<i>abwesend</i>
C. Schaaf	anwesend	W. Seidowski	anwesend
E. Schmidt	anwesend	Ch. Tessmann	anwesend
F. Stolzenberg	anwesend	Dr. F. Weidt	anwesend
E. Weidinger	<i>abwesend</i>	Ch. Zeigermann	anwesend
A.-J. Wolff	anwesend		
A. Werner	anwesend		

Ortsbürgermeister/in:

R. Bunk	anwesend	D. Heldt	<i>abwesend</i>
W. Howe	<i>abwesend</i>	M. Leiter	anwesend

Gäste:

K. Aulenbach	Stadt Landsberg
D. Moron-Wernicke	Stadt Landsberg
B. Hajek	Stadt Landsberg (Protokollantin)
C. Schräpler	Stadt Landsberg
M. Behne	Stadt Landsberg
J. Regge	Stadt Landsberg
R. Graff	Stadt Landsberg
einige Bürger	

Das Protokoll umfasst die Seiten 1 – 15 Seiten.


F. Stolzenberg
Stadtratsvorsitzender


B. Hajek
Protokollantin

Tagesordnung der öffentlichen Sitzung

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Bestätigung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung
 - 3.a Beantragung Rederecht für Frau Sparfeld zu TOP 9
4. Bestätigung des Sitzungsprotokolls – öffentlicher Teil – vom 25.06.2020
5. Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 25.06.2020
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Verwaltung
8. Informationen aus den Ausschüssen
9. Beschlussvorlage (Verwaltung): Bebauungsplan Nr. 2-BP 06 „Wohnen an der Plantage“ OT Hohenthurm – Billigungs- und Auslegungsbeschluss zum Entwurf
10. Beschlussvorlage (Verwaltung): Verwaltungsvereinbarung Grundwasserwanne BW0030 L143 Köthener Straße
11. Beschlussvorlage (Verwaltung): Städtebaulicher Vertrag zur Einbeziehung „Otto-Busse-Straße“ OT Landsberg
12. Beschlussvorlage (Verwaltung): Zweckgebundene Kofinanzierung der Fördermaßnahme Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus (Laufzeit 01.01.2021 – 31.12.2024)
13. Beschlussvorlage (Verwaltung): Partnerschaft mit der Stadt Forst (Baden-Württemberg)
14. Beschlussvorlage (Verwaltung): Aufhebung Sperrvermerk für die Anschaffung eines Löschfahrzeuges für die FFW Zwebendorf-Hohenthurm
15. Beschlussvorlage: Beratung und Mandatierung des Vertreters der Stadt Landsberg beim WAZV zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen für die Abwasserbeseitigung der Abrechnungsgebiete Landsberg und Hohenthurm
16. Erklärung des Vorsitzenden des Stadtrates zu den Vorwürfen der CDU-Fraktion
17. Anfragen Stadträte und Ortsbürgermeister/innen

Punkt 1 Begrüßung und Eröffnung

Der Stadtratsvorsitzende Herr Stolzenberg eröffnet die Sitzung und begrüßt die Bürgermeisterin, alle anwesenden Stadträte, Ortsbürgermeister, Gäste, Bürger und Mitarbeiter der Stadtverwaltung.

Punkt 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit mit 20 von 28 Stadträten wurde durch Herrn Stolzenberg festgestellt.

Punkt 3 Bestätigung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung

TOP 11 wird zurückgezogen durch die Verwaltung

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Die Tagesordnung wird mit den o. g. Änderungen festgestellt.

3a) Beantragung Rederecht Frau Sparfeld zu TOP 9

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Punkt 4 Bestätigung des Sitzungsprotokolls öffentlicher Teil vom 25.06.2020

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 5 Enthaltungen

Punkt 5 Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 25.06.2020

Herr Stolzenberg verliest die Beschlüsse aus der Stadtratssitzung vom 25.06.2020.

Punkt 6 Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Anfragen.

Punkt 7 Informationen aus der Verwaltung

Frau Werner stellt die neuen Mitarbeiter der Verwaltung vor, welche zum 01.07.2020 begonnen haben: Sachbearbeiterin Ortschaften (Elternzeitvertretung), Sachbearbeiter Brandschutz und Gewerbe, Jurist.

Die Protokolle, öffentlicher Teil, der Ausschusssitzungen sowie Ortschaftsratssitzungen werden zukünftig auf der Homepage hinterlegt.

In einem Telefonat mit Frau Werner informierte Herr Killinger, Bürgermeister Forst, dass das für das Wochenende 02. – 04.10.2020 geplante Partnerschaftstreffen auf Grund der Corona-Einschränkungen nicht in der ursprünglich geplanten Form stattfinden kann. Es wird eine kleine Delegation, bestehend aus den Fraktionsvorsitzenden sowie dem Bürgermeister, nach Landsberg kommen. Am 02.10.2020 wird dann die jetzt bestehende Patenschaft in eine Städtepartnerschaft umgewandelt. Besiegelt wird dies durch die Unterzeichnung einer Partnerschaftsurkunde in festlichem Rahmen.

Frau Werner bittet die Fraktionsvorsitzenden, an diesem Treffen, welches im festlichen Rahmen stattfinden wird, teilzunehmen. Termin ist der 02. – 03.10.2020. Details werden rechtzeitig bekannt gegeben.

Eine traurige Nachricht erreichte die Bürgermeisterin, Herr Heise, ehemaliger Direktor und Gründer des Gymnasiums Landsberg, ist verstorben. Frau Werner informiert, dass Herr Heise auf Grund seiner Verdienste in das Ehrenbuch der Stadt Landsberg aufgenommen wird. Ein redaktioneller Beitrag wird hierzu auch im Landsberger Echo erscheinen.

Vom Land Sachsen-Anhalt gibt es ein Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket in Höhe von 162 Mio €. Es ist vorgesehen, dies an die Kommunen auszuzahlen. Es wird diskutiert, nach welchen Gesichtspunkten diese Gelder an die zahlreichen Kommunen verteilt werden. Des Weiteren gibt es ein Paket hinsichtlich Liquiditätshilfen. Ein eventueller Anspruch wurde durch die Verwaltung bereits geprüft. Leider trifft dies für die Stadt Landsberg nicht zu.

Frau Werner informiert, dass die Gerichtsverfahren bezüglich Herrn Heinrich abgeschlossen sind. Eine Summe von 66.946,38 € stand offen. Es wurde bereits eine Zahlung getätigt. Ein Betrag in Höhe von 54.000 € ist nun noch offen. Es ist durch die Kommunalaufsicht zu klären, wer diese offene Summe eintreibt, bei eventueller Nichtzahlung.

Punkt 8 Informationen aus den Ausschüssen

Hauptausschuss:

-

Finanzausschuss:

Herr Steffen Müller berichtet: Es wurde sich ein Überblick über den Ist-Stand per 30.06.2020 verschafft. Der Finanz- und Ergebnisplan kann in Abstimmung mit Frau Aulenbach an alle Stadträte verschickt werden. Der zweite Teil, eine prozentuale Aufteilung verschiedener Mittel auf Einzelbudgets, ist noch in Arbeit. Dies wird nachträglich den Stadträtinnen und Stadträten zur Verfügung gestellt. Der Haushalt 2021 ist in Arbeit. Die Fachbereiche sind aufgefordert, an Frau Aulenbach zu melden. Es wurde eine Frist gegeben zum 31.07.2020. Es ist vorgesehen, den ersten Haushaltsentwurf im September im Finanzausschuss vorzulegen und gegebenenfalls im Oktober oder November im Stadtrat vorzustellen.

Für den Bereich Finanzen soll so Planungssicherheit erreicht werden.

Bauausschuss:

Dem Bebauungsplan Nr. 2-BP 06 „Wohnen an der Plantage“ OT Hohenthurm wurde zugestimmt.

Herr Zeigermann vertritt Herrn Kupsi bis zu seiner Genesung.

Ordnungsausschuss:

Herr Dr. Raschke: Durch Frau Schröpfer wurden zahlreiche Informationen gegeben hinsichtlich zu den Maßnahmen, welche mit den Corona-Einschränkungen einhergingen. Es gab ein positives Feedback, dass in der Corona-Zeit gemeinsame Maßnahmen im Außenbereich durchgeführt wurden mit Mitarbeitern des Ordnungsamtes sowie Mitarbeitern der Kreisverwaltung.

Es wurde über den Ausbau der L143 gesprochen, insbesondere über die Aufnahme von zwei Fußgängerwegen in die Planung. Durch die Verkehrsbehörde wird eine Zählung stattfinden, um die Notwendigkeit zu belegen.

Weiterhin wurde die Parksituation an der Bergschule thematisiert. Der Vorschlag der Verwaltung wird durch den Ordnungsausschuss unterstützt, die Zufahrt durch Eltern zu unterbinden.

Jugend- und Sozialausschuss:

Herr L. Müller berichtet über das Treffen mit den Kita-Leiterinnen bezüglich Einsatz Sozialpädagogin, welcher durch Beschluss im Stadtrat entschieden wurde.

Es gab ein geteiltes Echo, einige Leiterinnen waren hinsichtlich eventueller Einschränkungen der Kompetenzen skeptisch.

Die beabsichtigte Hortbesichtigung ist für den Monat September geplant.

Schul-, Kultur- und Sportausschuss:

-

Vergabeausschuss:

-

WAZV:

Herr Seidowski: Verbandsversammlung hat am 27.07.2020 stattgefunden. Ein dritter Anlauf wurde genommen für die Ausschreibung Kläranlage Landsberg. Die Reparaturarbeiten an den Lüfterwalzen der Kläranlage Hohenthurm werden in dieser Woche abgeschlossen.

Der Geschäftsführer hat informiert, dass die Stadt Löbejün ein Austrittsverfahren bezüglich Niederschlagswasser beantragt.

Des Weiteren wurde beschlossen, die Verlängerung der Optionserklärung gemäß §27 Abs. 22 Umsatzsteuergesetz billigend zur Kenntnis zu nehmen.

Der Verbandsgeschäftsführer wurde ermächtigt, zur freihändigen Vergabe entsprechend der Auftragswertverordnung, die vom Ministerium für Wirtschaft beschlossen wurde, damit die Wirtschaft zu Zeiten von Corona wieder angekurbelt wird.

Es gibt einen Rahmenvertrag für Bauleistungen am Trink- und Abwassernetz des WAZV. Nach erfolgter Ausschreibung werden vier Firmen unter Vertrag genommen.

AZV westl. Mulde:

Frau Bunk: Am 27.07.2020 gab es ein Gespräch zwischen der Verbandsgeschäftsführerin und Frau Werner. Ein Beschluss soll gefasst werden. Es ist beabsichtigt, im Zusammenhang mit der geplanten Strukturumstellung des AZV Westliche Mulde auf einen Regiebetrieb eine Variantenuntersuchung vorzunehmen hinsichtlich Vor- und Nachteile für die Vergabe von Leistungen, welche nicht durch eigene Mitarbeiter erbracht werden können. Besonders gilt es zu prüfen, ob neben öffentlichen Ausschreibungen auch die vertragliche Beauftragung an die hundertprozentige Tochtergesellschaft der Stadt Bitterfeld-Wolfen der BSG mbH (Bäder und Service Gesellschaft) in rechtlicher und wirtschaftlicher Sicht effizienter ist. Als Vorteile sind zu nennen: Kosten und Leistung, Sicherstellung des kommunalen Einflusses des AZV sowie Erhaltung vorhandener Arbeitsplätze, finanzielle Bindung für planerische Zwecke. Eventuell entstehende Nachteile soll die Untersuchung bringen. Ziel ist hier auch die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung des AZV. Hierzu ist ein Beschluss vorbereitet worden. Frau Bunk bittet um Einvernehmen, dem Beschluss zustimmen zu dürfen.

Jahresabschluss: Der AZV schließt mit einem Ergebnis in Höhe von 238.748 € ab. Es wird eine neue Verwaltungskostensatzung geschlossen werden.

Frau Werner berichtet zu dieser Angelegenheit ergänzend über das Gespräch mit Frau Köckeritz. Sie geht davon aus, dass die Mehrheitseigner zustimmen werden. Durch eine externe Rechtsanwaltskanzlei findet eine Prüfung statt, ob ein Wechsel zu dieser Bitterfelder Firma erfolgt oder ob entsprechende Ausschreibungen erfolgen. Frau Werner befürwortet die Prüfung der Varianten. Erst dann kann entschieden werden. Für die Beschlussfassung im Stadtrat ist eine rechtzeitige Information wichtig.

Herr Wolff merkt an, dass ein entsprechender Beschluss inkl. Unterlagen hätte vorliegen müssen. Ein schnelles Votum des Gremiums kann nicht ohne weiteres erwartet werden.

Frau Werner erläutert zum Sachverhalt, dass für diesen Beschluss die Beteiligung des Stadtrates nicht notwendig ist. Erst wenn die rechtliche Übertragung an eine andere Gesellschaft erfolgt, muss der Stadtrat einbezogen werden.

Es geht bei diesem Beschluss nur um die Überprüfung der Varianten.

Frau Schmidt bestätigt, dass das Vertrauen gegeben wurde an Frau Bunk, den Stadtrat zu vertreten.

Es wird einvernehmlich entschieden, dass die Frau Bunk für die Variantenuntersuchung stimmt.

AZV Queis-Dölbau:

-

UHV Fuhne-Ziethe:

Herr Wolff berichtet über ein Problem in Hohenthurm, Niemberger Teich. Beim letzten Regenereignis sind verschiedene Überschwemmungsprodukte im Gewässer

zweiter Ordnung gelandet. Der Verwaltung ist dieses Problem bekannt. Es muss über die weitere Verfahrensweise dringend diskutiert werden.

UHV Untere Saale:

-

UHV Mulde:

-

Flugplatzgesellschaft Halle Oppin:

Herr Däumler informiert über die Aufsichtsratssitzung: Es gab ein positives Jahresergebnis. Das Thema Fluglärm wurde nochmals angesprochen. Der Geschäftsführer bietet auf Grund häufiger Beschwerden bezüglich Fluglärms jedem Ortsbürgermeister seine Teilnahme an Ortschaftsratssitzungen an, um zu Beschwerden Erklärungen zu geben und ins Gespräch zu kommen.

Planungsverband Halle Saalkreis:

-

Punkt 9 Beschlussvorlage (Verwaltung): Bebauungsplan Nr. 2-BP 06 „Wohnen An der Plantage“ OT Hohenthurm -Billigungs- und Auslegungsbeschluss zum Entwurf

Herr Wolff gibt Befangenheit in dieser Angelegenheit zur Kenntnis. Er nimmt an der Diskussion nicht teil.

Frau Sparfeld erläutert, es existiert ein Nutzungsplan, welcher diese Fläche als Wohnbaufläche ausweist. Es könnten hier 10 – 12 Baugrundstücke entstehen.

Herr Henjes wird gegen dieses Vorhaben stimmen. Er befürchtet Lärmbelästigung durch das Bauvorhaben. Es gibt in Hohenthurm Flüsterasphalt, doch der Lärm im Bereich der Kreuzung ist unverändert.

Des Weiteren ist er nicht einverstanden mit der Höhe der Gebäude. Es sind 2-etagige Gebäude vorgesehen. Die Bebauung der Dächer war zum damaligen Zeitpunkt beschränkt. Er befürchtet eine höhere Bebauung als die Häuser auf den vorhandenen Grundstücken.

Zudem ist anzunehmen, dass nach Abschluss der Bauarbeiten eine Generalsanierung der Straße erfolgen muss.

Herr Zeigermann bestätigt, dass im Bauausschuss ausführlich diskutiert wurde. Planungsrechtlich liegt kein Grund für ein Versagen vor. Es handelt sich um den Entwurf, wo die Bürger Einspruch geltend machen können. Der Bauausschuss hat diesem Vorhaben zugestimmt. Zusätzlich wurde noch ein Hinweis gegeben, dass 2 Parkplätze auf dem Grundstück nachzuweisen sind. Grund hierfür ist, dass er Straßenquerschnitt keine Parkmöglichkeiten hergibt. Alle Ausführungen, auch die von Frau Sparfeld vorgelegte artenschutzrechtliche Stellungnahme, haben kein Versagen zur Folge.

Es wurde über den Wirtschaftsweg gesprochen, wie dieser dann auszugestalten ist.

Herr Seidowski berichtet, dass der B-Plan in der Ortschaftsratssitzung auch im Beisein von Frau Sparfeld besprochen wurde. 14 Gäste waren anwesend. Das Thema Lärmschutz steht im Flächennutzungsplan. Es wurde die Forderung aufgestellt nach 2 Stellplätzen pro Grundstück. Ein landwirtschaftlicher Weg war geplant. Hier kam der Vorschlag, diesen als Privatfläche auszuweisen auch unter dem Aspekt der Pflege dieses Weges, wenn dieser brach liegt. Der Ortschaftsrat hat dem zugestimmt. Herr Seidowski bittet den Stadtrat um Zustimmung.

Herr Dr. Weidt erkundigt sich, ob besondere Maßnahmen zum Feuerschutz notwendig sind. Er erinnert an eine Situation im Wohngebiet in Sietzsch. Müssen Stellen für Wasser vorgesehen werden?

Lt. Frau Sparfeld gibt es dafür keine Festlegungen, dass Vorkehrungen getroffen werden müssen.

Herr Dr. Raschke spricht die Löschwassersituation an. Wie sieht es in diesem Teil von Hohenthurm aus, ist dies gesichert oder eher kritisch?

Herr Steffen Müller merkt an, dass es heute um die Auslegung geht, wo alle Beteiligten angehört werden. Ist dies erfolgt, können weitere Diskussionen erfolgen.

Herr Stolzenberg verliest den Beschlusstext:

Beschluss-Nummer: 61/07/2020

Beschlusstext: Der Stadtrat der Stadt Landsberg beschließt wie folgt:

1. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 2-BP 06 „Wohnen an der Plantage“ für das Gebiet der Gemarkung Hohenthurm, Flur 2, Teilfläche des Flurstückes 668, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B) wird in der vorliegenden Fassung (Stand Juli 2020) bestätigt. Die Begründung nebst Anlage wird gebilligt.
2. Von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 Bau GB sowie von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und der Überwachung nach § 4c BauGB wird abgesehen.
3. Der Entwurf soll gemäß § 3 abs. 2 BauGB in Form einer öffentlichen Auslegung der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Während der Auslegung sind gleichzeitig die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 Bau GB zu unterrichten und zur Abgabe der Stellungnahme aufzufordern.
4. Die öffentliche Auslegung des Entwurfs erfolgt für die Dauer eines Monats währen der üblichen Dienstzeiten in der Bauverwaltung der Stadt Landsberg, Köthener Straße 2 in 06188 Landsberg. Während dieser Auslegungsfrist können von jedermann Anregungen schriftlich oder während der Dienststunden zur Niederschrift vorgebracht werden. Während der Auslegungszeit werden die Planungsunterlagen zur Einsichtnahme auf der Internetseite der Stadt Landsberg eingestellt.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme 1 Enthaltung
1 Mitwirkungsverbot

Punkt 10 Beschlussvorlage (Verwaltung): Verwaltungsvereinbarung Grundwasserwanne BW0030 L143 Köthener Straße

Herr Steffen Müller möchte darauf hinweisen, wie dringlich die Angelegenheit dem Land zu sein scheint. Er hat sich den Doppelhaushalt des Landes Sachsen-Anhalt für 2020/2021 angeschaut. Die Baumaßnahme ist weder im Jahr 2020 noch 2021 eingepreist. Wenn die Maßnahme kommt, wird diese wahrscheinlich im Jahr 2022 in den Haushalt kommen. Vorher werden keine Baumaßnahmen beginnen.

Herr Stolzenberg verliest den Beschlusstext:

Beschluss-Nummer: 62/07/2020

Beschlusstext: Der Stadtrat ermächtigt Frau Bürgermeisterin Anja Werner zum Abschluss der Verwaltungsvereinbarung zur Sanierung der Grundwasserwanne BW0030 L143 Köthener Straße zwischen der Stadt Landsberg und der LSBB gemäß Variante vom 07.08.2019 mit geschätzten Kosten i. H. v. 440.814,68 €.

Abstimmungsergebnis: 19 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme 0 Enthaltungen

Punkt 11 Beschlussvorlage (Verwaltung): Städtebaulicher Vertrag zur Einbeziehungssatzung „Otto-Busse-Straße“ OT Landsberg

Dieser Tagesordnungspunkt wurde durch die Verwaltung zurückgezogen.

Punkt 12 Beschlussvorlage (Verwaltung): Zweckgebundene Kofinanzierung der Fördermaßnahme Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus (Laufzeit 01.01.2021 – 31.12.2024)

Der Ortschaftsrat Landsberg wurde angehört und hat einstimmig zugestimmt und empfiehlt die Zustimmung des Stadtrates.

Herr Stolzenberg verliest den Beschlusstext:

Beschluss-Nummer: 63/07/2020

Beschlusstext: Der Stadtrat beschließt, für die kommunale Kofinanzierung des Mehrgenerationenhauses des Trägerwerk Soziale Dienste Sachsen-Anhalt, Hallesche Landstraße 7a, 06188 Landsberg, in der Förderperiode vom 01.01.2021 bis 31.12.2024 des Bundesprogrammes Mehrgenerationenhaus des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) entsprechend Mittel im Haushalt vorzusehen. Die kommunale Kofinanzierung erfolgt durch die Stadt Landsberg. Das Mehrgenerationenhaus des Trägerwerk Soziale Dienste Sachsen-Anhalt, Hallesche Landstraße 7a, 06188 Landsberg ist Bestandteil der kommunalen Planungen zum demografischen Wandel und zur Sozialraumentwicklung.

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Punkt 13 Beschlussvorlage (Verwaltung): Partnerschaft mit der Stadt Forst (Baden-Württemberg)

Frau Werner berichtet zum Sachverhalt, die Patenschaft besteht seit 30 Jahren. Es wurde sich verständigt, das Verhältnis in eine Partnerschaft umzuwandeln. Partnerstadt Forst ist die Partnergemeinde für Gesamt-Landsberg, also alle Ortschaften. So ist es besonders wichtig, dass diese Partnerschaft von allen Ortschaften mitgetragen wird.

Frau Schmidt merkt an, dass auch die Ortsbürgermeister mit eingeladen werden sollten, um dieser Veranstaltung einen würdigen Rahmen zu geben.

Frau Werner bestätigt, dass dies vorgesehen ist.

Ergänzend wird von Herrn Steffen Müller mitgeteilt, dass er sich sehr darüber freut, dass der Gemeinderat durch Herrn Killinger überzeugt wurde, diese Partnerschaft zu besiegeln. Bei einer Patenschaft ist es nicht möglich, Fördermittel zu beantragen, bei einer besiegelten Gemeindeperschaft ist dies möglich.

Herr Stolzenberg verliest den Beschlusstext:

Beschluss-Nummer: 64/07/2020

Beschlusstext: Der Stadtrat der Stadt Landsberg beschließt die Umwandlung der bestehenden Patenschaft in eine Städtepartnerschaft mit der Stadt Forst besiegelt durch eine Partnerschaftsurkunde. Des Weiteren ermächtigt der Stadtrat die Bürgermeisterin, als gewählte Vertreterin die Partnerschaftsurkunde zu unterzeichnen.

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Punkt 14 Beschlussvorlage (Verwaltung): Aufhebung Sperrvermerk für die Anschaffung eines Löschfahrzeuges für die FFW Zwebendorf-Hohenthurm

Frau Werner berichtet über Schäden an Fahrzeugen der Feuerwehr. Der Solidarität der anderen FFW ist es zu verdanken, dass aus anderen Feuerwehrmitteln ein Fahrzeug für die Feuerwehr Braschwitz angeschafft werden konnte. Mittel für das Feuerwehrfahrzeug Zwebendorf-Hohenthurm stehen noch zur Verfügung. Diese sind jedoch noch bis September gesperrt, da für dieses Fahrzeug Fördermittel beantragt wurden. Dieser Antrag wurde nun endgültig abgelehnt. Im Rahmen dieser zur Verfügung stehenden Mittel ohne Fördermittel ist ein Fahrzeug zu finden.

Herr Steffen Müller möchte wissen, ob die aktuelle Haushaltssperre eine Bedeutung hat.

Frau Werner beantwortet, dass die Haushaltssperre darauf keine Auswirkungen hat.

Herr Stolzenberg verliest den Beschlusstext:

Beschluss-Nummer: 65/07/2020

Beschlusstext: Der Sperrmerk aus der Haushaltssatzung 2020 in Höhe von insgesamt 270.000 € für die Anschaffung eines Löschfahrzeuges wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Punkt 15 Beschlussvorlage (Verwaltung): Beratung und Mandatierung des Vertreters der Stadt Landsberg beim WAZV zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen für die Abwasserbeseitigung der Abrechnungsgebiete Landsberg und Hohenthurm

Herr Steffen Müller erklärt sein Mitwirkungsverbot.

Herr Seidowski erläutert zum Hintergrund. Im Jahr 2015 wurden zwei Satzungen beschlossen für Landsberg und Hohenthurm. Auf Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes mussten die Satzungen (Herstellungsbeiträge) in allen Abrechnungsgebieten erhoben werden. Zum 01.01.2016 wurden diese aufgehoben. Hier gibt es anhängige Klagen. Er verweist auf die Beschlussvorlage. Herr Seidowski bittet um Positionierung, wie er sich verhalten soll. In Hohenthurm sind 2 und in Landsberg 20 Klagen anhängig. In Landsberg und Hohenthurm sind kleinere und größere Unternehmer betroffen.

Wenn diese neuen Satzungen am 31.08.2020 beschlossen werden, hat dies keinen Einfluss auf die bereits gezahlten Beiträge. Dies hat nur Einfluss auf die Klagen.

Es ist davon auszugehen, dass die Mehrheit der Verbandsmitglieder zustimmen wird.

Herr St. Müller verlässt den Raum 18.55 Uhr / betritt diesen um 18.57 Uhr.

Frau Kleppel möchte wissen, ob die Kalkulation schlüssig war. Herr Seidowski kann dies nicht beantworten, da diese für Hohenthurm erst am Tage der Sitzung vorlag und konnte so noch nicht eingesehen werden.

Herr Wolff merkt an, dass eine Meinung gefasst werden sollte, auch wenn diese sich eventuell schlussendlich nicht durchsetzt.

Herr Stolzenberg verliest den Beschlusstext:

Beschluss-Nummer: 66/07/2020

Beschlusstext: Der Stadtrat der Stadt Landsberg beauftragt Herrn Seidowski als Vertreter der Stadt Landsberg beim WAZV im Sinne des hier vorliegenden Beschlusses sein Votum abzugeben.

Beschlussvorlage 10 A vom WAZV Landsberg:

Zustimmung ja: 1 10 nein 8 Enthaltung 1 Mitwirkungsverbot

Beschlussvorlage 10 B vom WAZV Hohenthurm:

Zustimmung ja: 1 10 nein 8 Enthaltung 1 Mitwirkungsverbot

Punkt 16 Erklärung des Vorsitzenden des Stadtrates der Stadt Landsberg (Herr Stolzenberg) zum Schreiben des Herrn Wolff und der CDU-Fraktion vom 28.05.2020 (Anlage 1) sowie des Stadtrates Stolzenberg

Herr Wolff verliest ein Schreiben der Fraktion zum Sachverhalt, welches zum Protokoll gegeben wird.

*Herr Dr. Raschke verlässt den Raum um 19.02 Uhr / betritt diesen um 19.05 Uhr
Frau Bunge verlässt den Raum um 19.02 Uhr / betritt diesen um 19.05 Uhr
Herr Henjes verlässt den Raum um 19.05 Uhr / betritt diesen um 19.09 Uhr
Frau Marquardt verlässt den Raum 19.10 Uhr / betritt diesen um 19.15 Uhr*

Um auch den anwesenden Gästen die andere Seite zur Kenntnis zu geben, verliest Herr Stolzenberg sein Antwortschreiben zu den Vorwürfen der CDU-Fraktion.

Herr Däumler erfragt, ob es richtig ist, dass dies nur noch drei Mitglieder der Fraktion tragen.

Die CDU-Fraktion konnte sich nicht mehr abstimmen. Es hat keine Fraktionssitzung stattgefunden, beantwortet Herr Wolff. Er hat von drei CDU-Mitgliedern einen Auftrag zu erfüllen, etwas vorzutragen und zu Protokoll zu geben. Des Weiteren ist vorgesehen, die Angelegenheit über die Kommunalaufsicht klären zu lassen.

Des Weiteren erkundigt sich Herr Däumler, ob eine Fraktion berechtigt ist, eine Neuwahl zu fordern?

Herr Laszlo Müller findet es sehr traurig, dass der Stadtrat sich wieder mit sich selbst beschäftigt. Der Außenwirkung ist dies nicht zuträglich.

Herr Steffen Müller sieht nicht, dass es eine Debatte gibt. Und vertritt auch die Meinung, dass eine solche Debatte in dieser Form nicht in die öffentliche Sitzung gehört.

Herr Wolff merkt hier an, dass es nicht um eine persönliche Sache geht. Es geht darum, dass die Entscheidung, dem WAZV beizutreten, dem Stadtrat vorher hätte zur Kenntnis gegeben werden müssen. Wenn durch den Stadtrat Entscheidungen getroffen werden sollen, muss der jeweilige Sachverhalt ausreichend bekannt sein.

Herr Steffen Müller stellt den Geschäftsordnungsantrag nach §12 Abs. 1a – Schluss der Rednerliste und bittet um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Punkt 17 Anfragen Stadträte und Ortsbürgermeister/innen

Herr Schaaf informiert, dass im Stadtgebiet Sietzsch, Landsberg zahlreiche tote Bäume zu verzeichnen sind. Es gibt einen Baumschutzbeauftragten der Stadt Landsberg, wie weit ist der Stand? Im Haushalt ist eingestellt, dass die Bäume entsorgt werden. Er weist hier auch auf die Gefahr umstürzender Bäume hin. Kann dies der Bauhof allein leisten?

Frau Werner beantwortet, dass in der Haushaltsdebatte darüber beraten wird. Die Tatsache der toten Bäume ist bekannt.

Des Weiteren bezieht er sich auf die zuvor getätigten Ausführungen von Herrn Seidowski zum Sachverhalt Austritt aus dem WAZV Regenwasserbeseitigung Löbejün? Wäre dies auch für uns eine Option für das Stadtgebiet Landsberg?

Herr Seidowski antwortet, dass es kontraproduktiv wäre, einem Verband beizutreten und aus dem Verband auszutreten, wenn Teile nicht passend sind. So kann ein Verband nicht funktionieren.

Herr Däumler verläßt den Raum 19.30 Uhr / betritt diesen um 19.32 Uhr

Herr Dr. Raschke wünscht Ideen, wie Fristen eingehalten werden können. Diese sollten im nächsten Stadtrat vorgestellt werden seitens der Verwaltung. Hier ist vieles im Argen und bedarf der Verbesserung. Er verliest den Absatz aus dem KVG § 84 Abs. 1.

Frau Werner möchte zur Diskussion stellen, dass teilweise in den Ortschaftsratsprotokollen gefordert wird, innerhalb 14 Tagen zu antworten. Dies ist oft nicht machbar allein auf Grund des Posteingangs. Aufgeworfene Probleme, welche dort niedergeschrieben sind, sind Probleme, die oft nicht sofort geklärt werden können. Es hat nichts mit der Einstellung des Mitarbeiters SB Ortschaften zu tun. Dieser versendet nur die Aufträge und Ergebnisse. Diese Stelle dient als Verbindung zwischen Verwaltung und Ortschaftsrat. Frau Werner verweist auch hier nochmals auf die Fülle der Anfragen in der Summe aller Ortschaftsratsprotokolle.

Frau Bunk richtet eine Frage an Herrn Seidowski als Vertreter des WAZV, wann kann der Ortschaftsrat mit einer Antwort zu der im Januar geschriebenen Stellungnahme hinsichtlich der Gebührenbescheide rechnen. Herr Seidowski wird nochmals anmahnen.

Frau Bunk bittet darum, dass die Einladungen des AZV an alle Stadträte zur Kenntnis versendet werden.

Des Weiteren wünscht Frau Bunk, dass die Einladungen zu den Ausschusssitzungen an alle Ortsbürgermeister weitergegeben werden.

Herr Wolff, weiß, dass das Ordnungsamt durch Coroana-Zeiten sehr stark beansprucht war. Er lobt hier trotz dieser zusätzlichen Belastungen die Zusammenarbeit.

Er verweist auf zunehmenden Gemarkungsmüll in allen Gemeinden. In diesem Zusammenhang bittet er um Veröffentlichung eines Artikels dazu im Amtsblatt. Es besteht die Gefahr, dass die zusätzlich entstehenden Kosten auf die Bürger umgelegt werden. Auch die Stadt bleibt auf den Kosten sitzen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Sicherheit in den Steinbrüchen. Durch langanhaltende Trockenheit ist nicht mehr genügend Wasser vorhanden. Auf die Gefahren sollte hingewiesen werden.

Zusätzlich wäre eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit zum Thema Brandschutz auf Grund der hohen Trockenheit wünschenswert.

Die Bürger sind oft sehr leichtfertig und im Zusammenhang mit der Müllentsorgung auch unverschämt. Es ist enorm, was durch die Mitarbeiter der Stadtverwaltung geleistet werden muss. Einige engagierte Bürger sind hier ebenfalls tätig.

Hier wünscht er sich einen Artikel im Amtsblatt, um eventuell eine Sensibilisierung bei den Bürgern zu erreichen.

Herr Steffen Müller beantwortet an Herrn Schaaf, dass im Haushalt ein Großteil für die Pflege der Grünflächen eingeplant ist. Es wird eine Prüfung erfolgen, wie diese Gelder aufgeteilt bzw. genutzt werden können.

Das Protokoll ist an die Mitglieder nach 14 Tagen zu versenden, erinnert Herr Steffen Müller. Änderungswünsche sind vorher schriftlich anzuzeigen.

Er spricht das Thema 6Wochen-Rhythmus der Stadtratssitzungen an. Herr Steffen Müller hält diesen für ungünstig, nicht praktikabel und nicht zweckdienlich.

Herr Däumler bittet darum, bei den Ortschaftsratsprotokollen die entsprechenden Bearbeiter zu vermerken, um hier eventuelle Fragen direkt an den Bearbeiter zu richten. Des Weiteren bittet er um Kopien von Schreiben der Verwaltung zur Kenntnis.

Herr Dr. Raschke bekräftigt, dass es schwer ist, dem Bürger zu erläutern, warum häufig Beschwerden nicht berücksichtigt werden. Es geht ihm nicht um Einzelmaßnahmen.

Frau Werner hat ausführlich mit Herrn Heldt die Punkte aus dem Protokoll besprochen. Lt. Frau Werner besteht in dieser Angelegenheit offensichtlich ein Kommunikationsproblem, welches es abzustellen gilt.

Herr Zeigermann fragt nach dem Stand / Termin Einführung Ratsinformationssystem.

Die notwendige Hardware ist angeschafft, beantwortet Frau Werner. Allerdings gibt es Probleme mit der Lieferung der Software, welche mit der des Landkreises kompatibel ist. Frau Werner wird Herrn Zeigermann hinsichtlich des Termins informieren.

Herr Zeigermann drängt darauf, da es eine Erleichterung für alle ist, mit diesem System zukünftig zu arbeiten.

Eine weitere Anfrage von Herrn Zeigermann ist, ob es einen Stand zum Immobilienmanagementsystem / digitale Erfassung der städtischen Immobilien und deren Zustand gibt.

Frau Werner beantwortet, dass die Immobilien erfasst sind und dem Stadtrat in Kürze zur Verfügung gestellt werden.

Herr Oehlschlegel gibt den Hinweis, dass in der Kita Plößnitz eine Platane steht. Diese ist hoch allergieauslösend und könnte im Herbst umgesetzt werden.

Herr Steffen Müller fragt nach dem Stand der Eröffnungsbilanz.

Es wurde nachgearbeitet und dem Rechnungsprüfungsamt vorgelegt, antwortet Frau Werner. Die Verwaltung hofft auf Bestätigung im September, berichtet Frau Werner. Parallel läuft der Jahresabschluss AÖR der Jahre 2013 – 2017.

Herr Dr. Weidt erfragt nach dem Stand Löschung Energy. Frau Moron-Wernicke wird im nächsten Stadtrat berichten.

Herr Stolzenberg beendet den öffentlichen Teil um 19.55 Uhr.